

GEMEINSAM GEGEN RECHTE GEWALT – OHNE HINWEIS BLEIBT'S IM DUNKELN!

Die deutschen Sicherheitsbehörden sehen sich auch in Zukunft mit gewaltbereitem Rechtsextremismus und -terrorismus konfrontiert.

Der Mord an Dr. Walter Lübcke, die Anschlagsgeschehen in Halle und Hanau und die Mordserie des NSU verdeutlichen exemplarisch das große Gefahrenpotential, welches besonders von rechtsextremistischen Einzeltätern und verdeckt agierenden Gruppierungen ausgehen kann.

Ziel der Polizei Hamburg ist es, die zumeist im Verborgenen stattfindende Radikalisierung frühzeitig zu erkennen, um rechter Gewalt, mit entsprechenden Maßnahmen, entgegenzuwirken. Zu diesem Zweck hat das Landeskriminalamt Hamburg, Abteilung Staatsschutz, eine Zentrale Hinweisaufnahme – Rechtsextremismus – (ZHA-R) für Sie eingerichtet.

Machen Sie in ihrem Umfeld Beobachtungen, die Sie für sich hinterfragen, nicht zuordnen können oder die Ihnen Unbehagen bereiten, scheuen Sie sich nicht, die ZHA-R zu kontaktieren. Wir gehen sensibel mit Ihren Hinweisen sowie

Informationen und Erkenntnissen zu Personen oder Gruppierungen mit rechtsextremistischem Hintergrund um, prüfen und bearbeiten sie.

Damit einhergehend initiiert die ZHA-R dienststellenübergreifend nach sorgfältiger Prüfung des Einzelfalles individuelle Maßnahmen und Hilfen gegen rechte Gewalt.

Helfen auch SIE, unsere Freie und Hansestadt Hamburg sicherer zu machen. Leisten Sie einen Beitrag zur Früherkennung von Rechtsextremismus und wenden Sie sich vertrauensvoll an die ZHA-R.

SO ERREICHEN SIE UNS!

Sie erreichen uns Mo.-Fr.: 08:00 Uhr bis 15:00 Uhr unter der Telefonnummer 040 / 4286 76767 oder per E-Mail: hinweise-rechtsextremismus@polizei.hamburg.de

Unser Büro haben wir im Polizeipräsidium Bruno-Georges-Platz 1, 22297 Hamburg.

MÖGLICHKEITEN DER ANZEIGENERSTATTUNG

- Wenn eine akute Notsituation besteht, wählen Sie **immer die 110!**
- Eine Anzeige kann an jeder Polizeidienststelle oder online unter (www.hamburg.de/onlinewache) erstattet werden.
- Kontaktaufnahme mit der ZHA-R unter **040 / 4286 76767** oder per E-Mail an **hinweise-rechtsextremismus@polizei.hamburg.de**
- Suchen Sie das Gespräch mit ihrem zuständigen bürgernahen Beamten – Ihr örtliches Polizeikommissariat wird Ihnen helfen.

Weitergehende Informationen zum Themengebiet Rechtsextremismus erhalten Sie auf der Internetseite des Landesamtes für Verfassungsschutz: <https://www.hamburg.de/verfassungsschutz/>





BERATUNGSSTELLEN

In Hamburg gibt es eine Vielzahl an Beratungsangeboten zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus. Diese Beratungsstellen sind kostenlos und auf Wunsch anonym – gerne vermitteln wir auch weiter.



empower
Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Telefon: 040 / 284016-67 oder
empower@hamburg.arbeitundleben.de



amira – Beratung bei Diskriminierung wegen (zuschriebener) Herkunft und Religion bei basis & woge e.V.

Telefon: 040 / 39 84 26 47 oder
amira@basisundwoge.de



KURSWECHSEL
AUSSTIEGSARBEIT RECHTS

Kurswechsel – Ausstiegsarbeit Rechts
Telefon: 0800 / 565 780 056 oder
ausstieg@kurswechsel-hamburg.de

PLATZ FÜR IHRE NOTIZEN

Impressum

Zentrale Hinweisaufnahme – Rechtsextremismus –
Abteilung Staatsschutz
Bruno-Georges-Platz 1 | 22297 Hamburg
Telefon 040 / 4286 76767

E-Mail: hinweise-rechtsextremismus@polizei.hamburg.de
www.polizei.hamburg



WIR INFORMIEREN
ZENTRALE HINWEISAUFNAHME
RECHTSEXTREMISMUS

*Gemeinsam gegen rechte Gewalt –
Ohne Anzeige bleibt's im Dunkeln!*

